

Unvereinbare Welten? China und "Feministische Außenpolitik"

Von [Claudia Wessling](#) und [Mikko Huotari](#), Mercator Institute for China Studies

Xi Jinpings globaler Gestaltungsanspruch betrifft auch Frauenfragen: [2025](#) soll nach den Plänen des chinesischen Staats- und Parteichefs in Peking ein internationales Gipfeltreffen zu Geschlechtergerechtigkeit stattfinden - genau 30 Jahre nach der ersten Frauenkonferenz in der chinesischen Hauptstadt, mit der die regierende Kommunistische Partei der Welt nach den Spannungen um die Niederschlagung der Tiananmen-Bewegung ein offenes, anderes China zeigen wollte.

Xi schlägt mit seiner Ankündigung kalkuliert eine Brücke zu diesem seinerzeit als Hoffnungszeichen gewerteten Ereignis. Doch können wir daraus ablesen, dass China unter seiner Regierung Frauen eine größere Rolle in bedeutenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen zuweisen wird? Und welche Rolle könnte eine [feministische Außenpolitik](#) (Feminist Foreign Policy, FFP) spielen im Umgang mit einem Land, in dem Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft traditionell unterrepräsentiert sind?

Die Analyse der Situation von Frauen und Feministinnen in einem unter Xi zunehmend autoritär regierten China gibt zurzeit leider wenig Anlass für Optimismus. Aus den methodischen Inhalten der feministischen Außenpolitik ergeben sich eventuell Anknüpfungspunkte für neue Ansätze im Umgang Deutschlands (und der EU) mit China. Auch wenn sich daraus sicher keine unmittelbaren Lösungsansätze ergeben, könnte dies gerade in Zeiten wichtig sein, in denen im außen- und sicherheitspolitischen Kontakt, aber auch wirtschaftlich die Spannungen überwiegen.

Im Folgenden blicken wir zunächst auf zwei zentrale Zielsetzungen der FFP – Geschlechtergerechtigkeit und bessere Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse – und deren Bedeutung für bzw. Umsetzung in China.

Konfuzianische Tradition hemmt bis heute Gleichberechtigung in China

Chinas konfuzianisch geprägter Herrschafts- und Machtapparat war über die Dynastien durchweg männlich geprägt mit einem Beamtensystem, das nur Männer zuließ. Nach Gründung der Volksrepublik 1949 wurde zwar die Gleichberechtigung der Frau in der [Verfassung](#) verankert und die staatliche Propaganda (Mao: „Frauen können die Hälfte des Himmels tragen“) überhöhte Bedeutung und Leistungen der Frauen beim Aufbau der Nation. Im Arbeitsleben waren Frauen, ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen sozialistischen Ländern, stärker repräsentiert als in westlichen Staaten.

Doch **Führungspositionen bleiben bis heute mehrheitlich männlich besetzt**. Im vom Weltwirtschaftsforum jährlich erstellten [Global Gender Gap Index](#) rangierte China 2022 im hinteren Bereich, auf Rang 102. **Augenfällig ist der fehlende Einfluss von Frauen in den höchsten Gremien in Staat und Partei**. Im zehnköpfigen Staatsrat ist Vize-Premier Sun Chunlan die einzige Frau, [unter 26 Ministern ist keiner weiblich](#). Auf der Provinzebene

sind von 29 Gouverneurinnen nur zwei Frauen. Im mächtigen Ständigen Komitee des Politbüros der KPC war noch nie eine Frau vertreten, im 25-köpfigen Politbüro selbst ist Vize-Premier Sun die einzige Frau (Stand September 2022). Die Personalentscheidungen auf dem 20. Parteitag im Oktober dürften dieses Ungleichgewicht kaum [ändern](#).

Chinas derzeitige Führung verfolgt eine konservative Frauenpolitik

[Offiziell](#) bekennt sich China zum Streben nach Geschlechtergerechtigkeit. Es betont, durchaus in Übereinstimmung mit Zielen der feministischen Außenpolitik, die zentrale Rolle von Frauen bei der Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystems sowie bei der Erreichung von Zielen des Klima- und Umweltschutzes. In der Praxis verfolgt die Regierung Xi innenpolitisch allerdings eine repressive und konservative Frauenpolitik.

Dies belegen jüngere Beispiele wie die **Zensur der chinesischen #MeToo-Bewegung** (aktiv seit ca. 2017), das [Schließen feministischer Plattformen](#), die [zögerliche Reaktion der Behörden auf Misshandlungsfälle](#) (Sexistische Angriffe auf Frauen in Tangshan, der Fall der „[Frau in Ketten](#)“ in der [Provinz Jiangsu](#)) oder auch das Vorgehen gegen die Tennisspielerin **Peng Shuai** nach deren Misshandlungsvorwürfen gegen einen hohen Kader.

Das offizielle China weist den Vorwurf zurück, zu wenig für die Frauenrechte zu tun. In der Tat machen heute mehr Frauen einen qualifizierten Abschluss, gründen eine Firma und schaffen es an die Spitze von Unternehmen. Insgesamt aber sind Diskriminierung, ungleiche Bezahlung und sogar Belästigung am Arbeitsplatz allgegenwärtig. **Auf diese Missstände muss eine von feministischer Außenpolitik inspirierte deutsche China-Strategie hinweisen.**

Durch die aktuelle Familienpolitik drohen in China Rückschritte bei Geschlechtergerechtigkeit: Mit der **Abschaffung der Ein-Kind-Politik** geraten junge Chinesinnen unter Druck, mehr Kinder zu bekommen und sich um die Familie zu kümmern, statt beruflich unabhängig zu sein. Frauen, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, wird von nationalistischen Kommentatoren vorgeworfen, „zu westlich“ oder „verwöhnt“ zu sein. Unter diesen Bedingungen ist es wahrscheinlich, dass **eine feministische Außenpolitik von Chinas Führungsebene als westlich-ideologischer Kampfbegriff rezipiert und abgelehnt würde.**

Chinas Rhetorik suggeriert thematische Anknüpfungspunkte mit FFP - doch die politische Realität lässt wenig Spielraum

Das Fazit bezüglich der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und besserer Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse in China fällt also pessimistisch aus. Der Blick auf die Rhetorik Chinas in den für die feministische Außenpolitik zentralen Bereichen Soziales, Entwicklung und Klima zeigt durchaus parallele Zielsetzungen:

- Stärker als westliche Staaten hat China in den vergangenen Jahren Entwicklungs- und Infrastrukturinitiativen auch im Kontext der Stabilisierung der eigenen Sicherheit gedacht. Die 2013 verkündete "Neue Seidenstraße" (BRI) oder die "Globale Entwicklungsstrategie", die im Mai dieses Jahres fast zeitgleich mit der "Globalen Sicherheitsstrategie" angekündigt wurde, stehen für diesen Ansatz.
- Chinas Regierung bekennt sich regelmäßig dazu, einen Beitrag leisten zu wollen bei der Lösung von Menschheitsproblemen und sich weltweit einzusetzen für Wohlstand, Frieden und Stabilität.
- China will ähnlich den Zielen feministischer Außenpolitik Ungleichheit abbauen (erklärtes Ziel ist Erreichung „Allgemeinen Wohlstands“ bis 2049), Bildungszugänge, Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit verbessern.
- Analog zur Priorisierung humanitärer Anliegen in der FFP bezeichnet auch China die Bewältigung von Pandemien und den Kampf gegen die Klimakrise als zentrale Ziele.

Die politische Realität der Beziehungen zu China gibt Anlass für Zweifel, dass aus diesen Ansätzen echte Perspektiven der Annäherung entstehen. Dies gilt auch, weil in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Beziehungen zu China spannungsgeladen sind. Chinas Entwicklungsinitiativen sind durch geopolitische und -wirtschaftliche Eigeninteressen motiviert, in der internationalen **Klimapolitik** verknüpft Beijing eigene Beiträge mit dem Durchsetzen geopolitischer Interessen ([vor allem gegenüber den USA](#)). In der **Corona-Pandemie** verfolgt Xi mit der "dynamischen Null-Covid-Strategie" (noch) einen Sonderweg.

Die Kommunistische Partei unter Xi hat zudem das Primat der **Nationalen Sicherheit** auf fast alle Bereiche ausgedehnt: Ob Gesundheits-, Klima-, Cyber- oder Sozialpolitik – alles wird auf das Ziel der eigenen Machtbehauptung ausgerichtet. **In diesem Klima ist konstruktive Annäherung zu Themen der FFP auf offizieller Ebene schwierig.** Eine auf China bezogene feministische Außenpolitik müsste sich deshalb auf Bereiche jenseits der offiziellen diplomatischen Diskurse fokussieren.

Ansätze für feministische Außenpolitik gegenüber China

Es ist davon auszugehen, dass die von der KPC verordnete Rückbesinnung auf ein klassisches Frauenbild bei der jüngeren Generation von Chinesinnen auf wenig Resonanz stößt und dass Interesse an Gesprächen mit ausländischen Akteuren über frauenpolitische Aspekte vorhanden wäre. In diesem Kontext könnte das von Außenministerin Annalena Baerbock jüngst [in einer Rede](#) angeführte **Prinzip einer „nicht ausgrenzenden“ und „zuhörenden“ Außenpolitik** Grundlage für eine Kontaktaufnahme in die chinesische (Zivil-)gesellschaft sein. Gesprächspartner:innen müssen sich allerdings auf Vertraulichkeit verlassen können und vor dem Zugriff der Partei weitgehend geschützte Räume vorfinden.

Folgende Ansätze sind denkbar:

- Die Tatsache, dass derzeit mit Patricia Flor eine **Frau an der Spitze der deutschen Botschaft in Beijing** steht, könnte aktiv genutzt werden, gezielt Gesprächskanäle in die chinesische Zivilgesellschaft aufzubauen und Ideen der feministischen Außenpolitik in den Diskurs einzubringen.
- Es empfiehlt sich, **proaktiv den Kontakt zu suchen** zu Aktivist:innen der chinesischen Emanzipationsbewegung, wie zum Beispiel #metoo. Wichtig ist hierbei das Erkunden informeller Wege der Kontaktaufnahme, jenseits des Zugriffs der chinesischen Zensur.
- Kontaktpunkte könnten zudem **chinesische feministische Denker:innen** oder Autor:innen sein. Dazu gehören zum Beispiel Ai Xiongming, Wang Zheng, Lü Pin oder Zhao Sile.
- Das **Anknüpfen an weibliche Netzwerke der China-Expertise** könnte beitragen, Kontakte zu relevanten Akteur:innen vor Ort zu erschließen bzw. einflussreiche Stimmen zu nutzen. Als Beispiel sei hier das Netzwerk „Nü Voices“ (weibliche Stimmen, <https://nuvoices.com/>) genannt, eine Datenbank von Expertinnen zum Thema China.
- Im Bereich der Wirtschaft könnten **kleine und mittelgroße Unternehmen (SME)** in China Anlaufpunkte für einen Austausch über relevante Themen sein. Im Gegensatz zu großen Staatskonzernen sind diese Unternehmen oft flexibler bei ihrer Anstellungspraxis, Frauen spielen dort oft auch in höheren Positionen eine Rolle.
- Im Bereich **Umwelt- und Klimaschutz** bieten sich pragmatische Ansätze: Frauen verfügen durch Erfahrung als Haushaltsmanagerinnen, Bäuerinnen oder Kennerinnen lokaler ökologischer Gegebenheiten über Fähigkeiten, pragmatische Lösungen für Umweltprobleme zu finden. Eine Diskussion mit der chinesischen Seite, diese Erfahrung bei Klimaverhandlungen einzubinden, könnte jenseits der Komplikationen im internationalen Verhandlungskontext konstruktiv sein.

Schlaglicht auf Taiwan: Feministische Außenpolitik könnte im chinesischen Kulturraum anschlussfähig sein

Unter den Ländern, die sich in verschiedenen Ausprägungen zu einer feministischen Außenpolitik bekennen, ist bislang keines in Asien. Eine Ausnahme stellt im Kontext von Geschlechtergerechtigkeit [Taiwan](#) dar. Obwohl dem chinesischen Kulturraum zuzurechnen, rangiert die Insel weit vor ihren [asiatischen Nachbarn](#) – und sogar vor europäischen Ländern. Mit Tsai Ying-wen ist eine Frau Präsidentin, der Anteil von Frauen im Parlament ist hoch, und der LGBTQ*-Gemeinde wird in der Gesellschaft mit Toleranz begegnet.

Eine genauere Analyse der Entwicklung Taiwans in dieser Hinsicht könnte somit auch konkrete Hinweise und Handlungsrezepte liefern, wie Konzepte und Ideen einer feministischen Außenpolitik auch in China – oder anderen asiatischen Ländern – zumindest gesellschaftlich noch stärker anschlussfähig gemacht werden könnten.

Trotz aller geschilderten Herausforderungen: Gerade in Zeiten wachsender Konfrontation zwischen China und dem sogenannten Westen könnte eine feministische Außenpolitik helfen, über den konfliktbehafteten Bereich der harten Sicherheitspolitik und -interessen hinaus neue, parallele Zugänge für Austausch zu finden.